

Breisgauer Narrenzunft sagt Rathausplatzhock ab

Grund sind die aus Sicht der Veranstalter zu hohen Sicherheitsauflagen – Ruf nach Rundem Tisch mit Stadtverwaltung und Polizei

Von Peter Disch

FREIBURG-INNENSTADT. Die Arbeitsgemeinschaft Rathaus-hock hat am Mittwoch das Aus für die Traditionsveranstaltung auf dem Rathausplatz verkündet, die parallel zum Weinfest vom 1. bis 4. Juli stattfinden sollte. Hauptgrund sind behördliche Sicherheitsauflagen und die damit verbundenen Kosten.

„Die Absage hat verschiedenen Ursachen“, steht in einer Pressemitteilung der Breisgauer Narrenzunft (BNZ), die den Hock veranstaltet, acht Zünfte übernehmen die Bewirtung. Zu den coronabedingten Preissteigerungen von bis zu 35 Prozent komme der Kran, der für die Sanierung des „Hotels am Rathaus“ aufgestellt wurde und ein Viertel der üblichen Hockfläche schlucke. „Letztendlich aber entscheidend für die Absage waren die allgemeinen Sicherheitsanforderungen der Polizeibehörde der Stadt Freiburg.“ Am Ende sei der Arbeitsgemeinschaft das wirtschaftliche Risiko zu groß gewesen.



FOTO: INGO SCHNEIDER

Ein Bild aus problemloseren Zeit: Der Rathausplatzhock 2016.

Basis der Sicherheitsauflagen ist die „Blaupause“. Anhand verschiedener Faktoren wird mit ihrer Hilfe festgelegt, wie umfangreich die Vorgaben ausfallen. Die „Blaupause“ gilt für den Rathausplatzhock, die Straßenfasnet, den Herdermer Hock, die Weintage St. Georgen, den

Oberlindhock und den Herdermer Hock und die Straßenfasnet. Die letzten beiden wurden bereits abgesagt.

Uwe Stasch, zweiter Zunftmeister der BNZ, nennt ein Beispiel, wie die „Blaupause“ die Kosten steigen lässt. Der viertägige Hock, bei dem die acht bewirtenden Zünfte die Hälfte ihres Jahresetats erwirtschafteten, beginne um 11 Uhr und dauere in etwa bis Mitternacht. Nachmittags seien zwei professionelle Securityleute vorgeschrieben, ab 18 oder 19 Uhr bis zu vier – Arbeitsstunden, die zusätzlich finanziert werden müssen. Früher habe der kommunale Vollzugsdienst am Nachmittag kostenlos nach dem Rechten gesehen haben. Nach den Stellenkürzungen sei dies nicht mehr möglich.

„Ich verstehe, dass wir ein Sicherheitskonzept brauchen“, sagt Stasch. Aber: Der Rathausplatzhock und die anderen Feste würden als Hochsicherheitsereignis eingestuft, „was in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Geplanten steht“, steht in der Pressemitteilung. Die Kritik der BNZ richtet sich nicht gegen die Rat-

hausspitze. Diese habe energisch versucht, zu vermitteln, sei aber am Veto der Polizei Freiburg gescheitert.

Aus Sicht der BNZ gefährdet die „Blaupause“ auch die Straßenfasnet. Das gelte vor allem für das Programm, das am Samstag und Sonntag angeboten werde, könnte sich aber auch auf den Umzug am Fasnachtsmontag auswirken. Auch hier fehle ihm die Verhältnismäßigkeit: „Die Straßenfasnet ist keine Loveparade“. Bei dem Technoevent in Duisburg starben 2010 nach einer Panik und wegen kapitaler organisatorischer Mängel 21 Menschen.

Stasch fordert einen Runden Tisch aller Beteiligten und nennt Vorschläge, um das Kostenproblem zu lösen. So könnte die Stadt Gebühren senken, den Vollzugsdienst nachmittags bei Hocks einsetzen statt Parkverstöße ahnden zu lassen. Oder einen Fonds für die ehrenamtlichen Festveranstalter auflegen, gefüllt mit 100 000 bis 150 000 Euro aus der Bettensteuer. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wolle die BNZ auch auf die Straße gehen, sagt Stasch. **Siehe „Münstereck“**